



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 15. Februar 2006 (StB 178)

B+A 8/2006

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat
mit Änderungen beschlossen am
6. April 2005
(Definitiver Beschluss des Grossen Stad-
rates im Anhang 4 am Schluss dieses
Dokuments)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
II. Verlängerung der Erledigungsfrist	10
1. Verlängerung um ein Jahr	10
2. Verlängerung um ein weiteres Jahr	11
III. Antrag	14
 Anhang 1	 16
<p>In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.</p>	
 Anhang 2	 20
<p>Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.</p>	
 Anhang 3	 21
<p>Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.</p>	

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Postulat 385 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 25. Januar 2001¹:
Ein neues City-Logistik-Konzept für die Altstadt

Die Erfahrung zeigt, dass die Transportunternehmer in eigenem Interesse ihre Logistik so pflegen, dass jeweils Ware, Ort, Zeit, Weg und Transportgefäss optimal abgestimmt werden. Ein Eingreifen von Politik und Verwaltung ist nicht erwünscht oder nötig.

2. Postulat 065 (2000–2004), Daniel Burri namens der FDP-Fraktion, vom 21. November 2002:
Über die Erstellung eines Planungsberichtes über die Stadtentwicklung Luzern

Die im Postulat aufgeworfenen Fragen sind im Rahmen der Gesamtplanung 2006–2010 beantwortet. Inzwischen ist verwaltungsintern die Plattform Stadtentwicklung, welche für die Behandlung von Stadtentwicklungsfragen zuständig ist, vom Stadtrat eingesetzt worden.

3. Postulat 125 (2000–2004), Markus Boyer und Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion und Guido Durrer und Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 21. November 2002:
Revision der Luzerner Stadtplanung

Mit B+A 45/2004 vom 22. Dezember 2004: Rahmenkredit Stadtplanung, hat der Grosse Stadtrat einen Kredit für die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) gesprochen. Die Teilrevision BZO ist in die Wege geleitet.

¹ Massgebend ist das Datum der Behandlung des Vorstosses im Grossen Stadtrat, nicht das Eingangsdatum.

4. Postulat 126 (2000–2004), Markus Boyer und Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion und Guido Durrer und Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 21. November 2002:
Einsatz einer Expertenkommission zur Revision der Luzerner Stadtplanung

Gemäss Projektorganisation der BZO-Revision ist die Baukommission des Grossen Stadtrates als politische Begleitkommission vorgesehen. Im Weiteren wird auf Fachebene eine verwaltungsexterne Expertengruppe eingesetzt.

5. Motion 154 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 5. Dezember 2002:
Evaluation der mit Globalbudget geführten Abteilungen im Jahre 2004

Das Parlament hat die Motion am 5. Dezember 2002 in Bezug auf die Prüfung der parlamentarischen Instrumente in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommissionen teilweise überwiesen.

Die Stadtkanzlei und die Finanzdirektion haben zusammen mit den Präsidenten der Sozial-, Bau- und GPK sowie einem externen Berater ein zweistufiges Evaluationsverfahren festgelegt: In einem ersten Schritt wurde ein Fragebogen zu den Erfahrungen mit den Instrumenten Leistungsauftrag und Globalbudget entwickelt. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier hatten die Möglichkeit, anhand dieses Fragebogens ihre Meinung über die Eignung der Instrumente mitzuteilen. Die Auswertung der Fragebogen erfolgte im Januar 2006. Grundsätzliche Kritik gab es nicht. Hingegen werden verschiedene Verbesserungsvorschläge gemacht. Zusammen mit den Kommissionspräsidenten wurde deshalb entschieden, die Erkenntnisse aus der Umfrage für die Weiterentwicklung der Leistungsaufträge in der Verwaltung, begleitet durch die jeweils zuständige Kommission, soweit möglich umzusetzen. Das Anliegen der Motion ist daher erfüllt.

6. Motion 170 (2000–2004), Guido Durrer namens der FDP-Fraktion, vom 28. Februar 2002:
Für die Erarbeitung eines Sportförderungskonzepts für die Stadt Luzern

Der von der Bildungsdirektion erstellte Grundlagenbericht „Sportförderung in der Stadt Luzern“ liegt vor und wurde in der ersten Jahreshälfte 2005 auch den Mitgliedern des Grossen Stadtrates zugestellt. Im Frühling 2006 wird dem Grossen Stadtrat gleichzeitig mit dem B+A betreffend Allmendplanung ein Planungsbericht zum Thema Sport unterbreitet.

7. Postulat 172 (2000–2004), Agatha Fausch Wespe namens der GB-Fraktion, vom 20. März 2003:
Schaffung eines niederschwellig erreichbaren Elternnotrufs

Am 1. September 2004 nahm die neue Abteilung Kinder Jugend Familie in der Sozialdirektion ihre Arbeit auf. Im Jahr 2005 wurden familienpolitische Leitsätze erarbeitet und im Januar 2006 durch den Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wurde eine systematisierte Bestandaufnahme sämtlicher Angebote im Praxisfeld des Bereichs Kinder Jugend Familie vorgenommen sowie der Bereich der Horte und Krippen überprüft. Über den Bedarf eines Elternnotrufs wurde nichts bekannt. Zudem haben die zent-

ralschweizerischen kantonalen Sozialämter geäussert, dass ihnen kein Bedarf betreffend Elternnotruf bekannt ist. Tagsüber können die verschiedensten sozialen Dienstleistungsangebote, das Kinderspital, die Dargebotene Hand sowie Ärzte kontaktiert werden. Allfällige Notrufe in der Nacht können an den Notarzt, die Polizei oder z. B. an den Elternnotruf Zürich erfolgen. Die Sozialdirektion hat die notwendigen Abklärungen vorgenommen. Danach müsste bei einem sich abzeichnenden Bedarf eine Lösung auf kantonaler oder sogar interkantonaler Ebene angestrebt werden.

8. Postulat 210 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Januar 2003:

Gleisüberdeckung

Das Lärmschutzprojekt der SBB zeigt keine Möglichkeit einer grosszügigen Überdeckung. Dem Projekt mit örtlich begrenzten Lärmschutzwänden wurde vom Stadtrat nicht opponiert. Die Überdeckung muss deshalb bei der Projektierung eines 3. und 4. Geleises neu überprüft werden.

9. Postulat 268 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel, Daniel Burri und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 18. Dezember 2003:

Quartierentwicklung und Verkehrsplanung im Wesemlin-Dreilinden-Quartier

Im Zusammenhang mit dem Gestaltungsplan Unterlöchli ist eine Wohnüberbauung geplant. Zudem ist das Schulhaus Unterlöchli im Bau. Jetzt wird die Einführung von Tempo 30 auf der Hünenbergstrasse geprüft. Lärmsanierungsmassnahmen sind eingeleitet. Tempo 30 wurde bereits auf der Dreilindenstrasse eingeführt.

10. Postulat 290 (2000–2004), Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 23. Oktober 2003:

Die Zukunft der Boa-Liegenschaft

Der B+A 37/2005 vom 19. Oktober 2005: Kulturwerkplatz Luzern-Süd, zeigt auf, dass die Boa einer anderen Nutzung zugeführt wird. Eine Umzonung wird beantragt.

11. Postulat 296 (2000–2004), René Maire, Daniel Burri und Rita Misteli namens der FDP-Fraktion, vom 6. Mai 2004:

Ausrichtung der Stadt Luzern als Kongress-Stadt

Das Projekt Kongressstadtentwicklung ist abgeschlossen. Mit der Gründung des Lucerne Convention Bureau wird sich Luzern einheitlich am Markt positionieren. Die Marktanalyse ist erstellt und wird Interessierten zur Verfügung gestellt.

12. Postulat 301 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt, Katharina Hubacher und Agatha Fausch Wespe namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Quartierentwicklung für alle Quartiere der Stadt Luzern

Bei der Überweisung des Vorstosses hat sich der Stadtrat bereit erklärt, dem Thema Quartierentwicklung beim eingeleiteten Stadtentwicklungsprozess die nötige Beachtung zu schenken. Bei der Erarbeitung der Gesamtplanung 2006–2010 hat sich gezeigt, dass neben den Projekten BaBel und dem ESP Bahnhof momentan kein Bedarf an zusätzlichen Quartierentwicklungsprojekten besteht. Es ist aber durchaus denkbar, dass im Zusammenhang mit Gemeindefusionen, bei der Revision der Bau- und Zonenordnung, bei der rollenden Überarbeitung der Gesamtplanung oder bei anderen sachbezogenen Problemstellungen vertiefere Quartierstudien erforderlich sind. In diesem Sinne ist und bleibt die Beachtung des Aspektes Quartierentwicklung eine Daueraufgabe der Stadtentwicklung.

13. Postulat 310 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Die Stadt beteiligt sich an den kantonalen Pilotprojekten zur „Basisstufe“

Die Stadt hat sich für die Teilnahme am kantonalen Pilotprojekt angemeldet. Sie hat gute Aussichten, ab 2007 mit drei Klassen an einem Standort teilnehmen zu können.

14. Postulat 344 (2000–2004), Markus Boyer namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 25. November 2004:
Investitions- und Kostenmanagement

Überarbeitung der Investitionsplanung:

Wie in der Stellungnahme zum Postulat erwähnt, wurde die Investitionsplanung im Winter 2003/2004 von einer direktionsübergreifenden Arbeitsgruppe überarbeitet und ein Schlussbericht „Investitionsplanung 2005–2008 ff.“ erstellt, der als Beilage zur Gesamtplanung 2005–2008 dem Parlament unterbreitet wurde. Die Arbeitsgruppe Investitionsplanung wurde institutionalisiert und überprüft zweimal jährlich die Entwicklung der Investitionen zuhanden des Stadtrats. Gegebenenfalls werden für definierte Projekte Fachgruppen zur Überprüfung von grösseren Investitionsprojekten gebildet; gegenwärtig prüft die Projektgruppe „Sanierung Schulanlagen“ die Auswirkungen der Entwicklung der Volksschule auf die baulichen Investitionen.

Senkung des Selbstfinanzierungsgrades und Neuverschuldung:

Mit der Realisierung der anstehenden Investitionen in den Bereichen Heime und Alterssiedlungen sowie Volksschule hat sich ein „Investitionsbuckel“ gebildet. Um die Investitionen des erhöhten Plafonds zu finanzieren, wurde mit der Gesamtplanung 2005–2008 eine Erhöhung der Verschuldung beantragt. Da der tatsächliche Fortschritt in mehreren Projekten nicht den ursprünglichen Plänen entsprechend erfolgte, ist die Verschuldung bisher nicht im vorgesehenen Ausmass gestiegen.

Steuererhöhung:

Das Modell zur Finanzierung der Investitionen kommt ohne Steuererhöhungen aus, ohne dass unumgängliche anstehende Investitionsvorhaben verschoben werden müssten.

Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Heime:

Die Erhöhung des Kostendeckungsgrades der Heime zur Finanzierung der Investitionen wird vom Stadtrat nicht in Erwägung gezogen. An der Erhöhung des Kostendeckungsgrades zur vollen Deckung der laufenden Betriebskosten wird jedoch weiter festgehalten.

Drastische Sparmassnahmen bei den Konsumausgaben:

Nicht die erhöhten geplanten Investitionen, sondern andere Gründe liessen den Stadtrat im Sommer 2005 das Entlastungs- und Überprüfungsprojekt EÜP 2006–2010 starten, über dessen Fortgang und Auswirkungen dem Parlament vor den Sommerferien ein Bericht vorgelegt wird.

Verkauf von Liegenschaften des Finanzvermögens:

Die Ablehnung des Berichtes zur Liegenschaftspolitik der Stadt Luzern – Teil 2 durch das Parlament führte zu einer entsprechenden Reduktion des Investitionsplafonds. In der Folge müssen einzelne Investitionsvorhaben zeitlich hinausgeschoben werden. Dabei wird darauf geachtet, dass weder betriebliche, noch finanzielle Engpässe oder Probleme beim Unterhalt der Bausubstanz entstehen

15. Postulat 345 (2000–2004), Rita Meyer-Facius namens der GB-Fraktion, Gaby Schmidt namens der SP-Fraktion und Verena Zellweger-Heggli, vom 30. September 2004:

Für die Förderung einer regionalen Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen

Mit Stadtratsbeschluss Nr. 1174 wurde am 27. Oktober 2004 an den Regierungsrat des Gesundheits- und Sozialdepartements des Kantons Luzern sowie an wichtige kantonale Gremien ein Schreiben zwecks Unterstützung einer regionalen Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen gerichtet. Der Beitragsfonds für Fördernde Sozialhilfe (BFFS) hat in der Zwischenzeit einen jährlichen Beitrag von Fr. 10'000.– gesprochen. Das Gesundheits- und Sozialdepartement des Kantons Luzern hat für die Jahre 2006 und 2007 ebenfalls je einen jährlichen Beitrag von Fr. 10'000.– budgetiert und unter dem Vorbehalt der Budgetgenehmigung des Grossen Rates zugesichert. Da ab 2008 der Neue Finanzausgleich (NFA) umgesetzt werden soll und für diesen Zeitpunkt eine Mitgliedschaft des Kantons beim BFFS vorgesehen ist, würde ein weiteres Gesuch nur noch durch den BFFS behandelt. Die Stadt Luzern hat im Jahre 2005 einen Startbeitrag von Fr. 8'000.– geleistet. Der Stadtrat hat somit alles getan, was er zur Förderung einer regionalen Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen beitragen kann. Die Kontaktstelle wird seit Sommer 2004 mit einem Teilzeitpensum betrieben.

16. Postulat 347 (2000–2004), Sara Rasic und Fabian Demuth namens des Kinderparlaments, vom 3. Juni 2004:

Pausenplatz Hubelmatt

Die Arbeiten wurden Ende 2005 abgeschlossen.

17. Postulat 355 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

Überprüfung der Abfallsammelstellen

Das Erscheinungsbild wurde 2005 überarbeitet. Es ist moderner und hat einen höheren Informationsgehalt. Die Erfahrungen sind gut. Weitere Anpassungen und Erneuerungen werden laufend geprüft und sind eine Daueraufgabe.

18. Postulat 384 (2000–2004), Verena Zellweger namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 24. Juni 2004:

Umgehende Planung der Zweiradparkplätze bei den Universitätsprovisorien Union und Bourbaki-Panorama

Rechtzeitig vor Inbetriebnahme des Uni-Provisoriums im Union konnten in der Frieden- und Hofstrasse insgesamt rund 100 Veloplätze zur Verfügung gestellt werden.

19. Postulat 385 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler namens der Baukommission, vom 24. Februar 2005:

Räumliche Stadtentwicklung

Mit dem B+A 45/2004 vom 22. Dezember 2004: Rahmenkredit Stadtplanung, hat der Grosse Stadtrat einen Kredit für die Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) gesprochen. Die Teilrevision BZO ist in die Wege geleitet

20. Postulat 006 (2004–2008), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, Franziska Bitzi namens der CVP-Fraktion und Walter Stierli namens der SVP-Fraktion, vom 21. April 2005:

Baurechtsvertrag als Grundlage für den Weiterbestand der Tennisanlage Tivoli

Am 4. Januar 2006 hat der Stadtrat der Begründung eines Baurechtes im Sinne des Postulates 006 zugestimmt. Der Vertrag mit dem Carlton Tivoli Tennis Club wurde am 18. Januar 2006 beim Grundbuch angemeldet. Die Realisierung der Umgestaltung ist im Winter 2006/2007 vorgesehen.

21. Postulat 028 (2004–2008), Trudi Bissig-Kenel und Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 29. September 2005:

Für eine optimale Nutzung des Postbetriebsgebäudes Luzern bei einer eventuellen Übernahme

Der Regierungsrat hat das Postbetriebsgebäude als Standort für die Uni Luzern gewählt. Der Projektwettbewerb wurde im Dezember 2005 abgeschlossen. Am 12. Februar 2006 wurde in der Stadt Luzern über den Standortbeitrag von 8 Mio. Franken und die Umzonung abgestimmt. Im November 2006 folgt die kantonale Abstimmung über den Baukredit.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

1. Verlängerung um ein Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2b Geschäftsreglement).

1. Postulat 200 (2000–2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 30. Januar 2003:
Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse

Der Stadtrat hat beschlossen, im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) über das ganze Stadtgebiet Zukunftsbilder entwickeln zu lassen. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf das Gebiet Bahnhof-Tribschen-Steghof zu richten sein. Aus den Zukunftsbildern soll ein Raumentwicklungskonzept erarbeitet werden. Für das städtische Areal an der Industriestrasse sind vorerst die planungsrechtlichen Rahmenbedingungen mit der am 13. Dezember 2001 vom Parlament genehmigten Bebauungs- und Zonenplanänderung gültig (B+A 26/2001).

2. Postulat 231 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 20. März 2003:
Dammdurchbruch im Untergrundquartier

Der Bericht und Antrag zum Dammdurchbruch wird auf 2007 vorbereitet.

2. Verlängerung um ein weiteres Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres Jahr.

1. Motion 142 (1996–2000), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben

Diese Motion ist in die Testplanung Pilatusplatz eingeflossen. Architekten und Verkehrsplaner erarbeiteten Lösungsvorschläge zur Stadtentwicklung am Pilatusplatz. Die Testplanung wurde mit dem Schlussbericht Ende 2004 abgeschlossen. Im StB 399/2005 hat der Stadtrat das weitere Vorgehen festgelegt. In einem ersten Schritt wurden vertiefte planerische Abklärungen durchgeführt sowie die betroffenen Grundeigentümer einbezogen. Im Anschluss sollen ein Masterplan Pilatusplatz erarbeitet, die Öffentlichkeit informiert, allenfalls die planungsrechtlichen Grundlagen angepasst und die Veräusserung der städtischen Grundstücke vorangetrieben werden.

2. Postulat 260 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 21. Oktober 1999:

Eine neue Fussgängerzone Mühlenplatz

Mit StB 772 vom 30. Juni 2004 hat der Stadtrat einen 3-jährigen Versuch „Sommerleben Mühlenplatz“ beschlossen. Der Versuch zeigt nach dem ersten Jahr positive Reaktionen. Aussagekräftige Ergebnisse werden Ende 2007 vorliegen.

3. Postulat 305 (1996–2000), Peter Muheim, Peter Henauer, Louis Baume und Emerentia Bucher-Schaad, vom 16. September 1999:

Mehr Verkehrssicherheit an der Bireggstrasse

Die Planung des Lärmsanierungsprojektes ist im Gang. Mitte 2006 wird sich zeigen, ob an der Bireggstrasse Tempo 30 als Massnahme an der Quelle Erfolg versprechend ist. Mit Tempo 30 wäre das Anliegen nach mehr Verkehrssicherheit erfüllt.

4. Postulat 330 (1996–2000), Peter Muheim und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 26. Oktober 2000:

Schluss mit dem Velochaos

Die Grundsätze zu den Veloparkieranlagen wurden nicht in der Leitlinie Parkierung formuliert, sondern sind Gegenstand des in Arbeit befindlichen Richtplanes Zweiradverkehr. Dieser wird 2006 dem Parlament unterbreitet.

5. Motion 384 (1996–2000), Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion, vom 7. Juni 2001:
Für eine Fussgängerzone Bahnhofquai

Ende 2005 konnte in der Bahnhofstrasse eine Begegnungszone signalisiert werden. Massnahmen zur optischen Unterstützung, wie Markierungen, erfolgen im Frühjahr 2006.

6. Postulat 082, (2000–2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. März 2002:
Gegenmassnahmen zum Verlust von Standortattraktivität infolge Fluglärmbelastung

Die Publikation der zugesagten Informationen erfolgt im Verlauf der nächsten Monate.

7. Postulat 102 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:
Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 1: Erweiterung Definition Innenstadt

Obwohl der ESP Bahnhof-Tribschen praktisch abgeschlossen ist, wäre es voreilig, die Definition jetzt vorzunehmen. Hingegen sollen im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) aufgrund von Nutzen und Erschliessung charakteristische Zonen definiert werden, in welchen auch spezifische Daten erhoben werden können.

8. Postulat 103 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:
Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 2: Anpassung Parkplatzreglement

Nachdem im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) entsprechende Zonen definiert worden sind (vgl. Post. 102), kann die Überarbeitung des Parkplatzreglements bezüglich der Zonenzuordnung geprüft werden. In seiner Antwort auf die Petition für eine ganzheitliche und bedürfnisgerechte Parkplatzoptimierung in der Stadt Luzern hält der Grosse Stadtrat am 1. April 2004 fest, dass sich das Parkplatzreglement in der heutigen Form jedoch grundsätzlich bewährt. Er lehnt sowohl die Verschärfung wie auch die Lockerung desselben ab.

9. Postulat 104 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:
Das Tribschengebiet wird zur Innenstadt 3: Aufwertung der Strassenräume

Im Rahmen der Revision BZO, unter Berücksichtigung von ESP Bahnhof und Agglomerationsprogramm, müssen die verkehrs-, resp. nutzungsorientierten Strassen neu definiert werden. In der Folge können Gestaltungen verbessert und Verkehrsbeschränkungen geprüft werden.

10. Postulat 177 (2000–2004), Louis L. Schumacher, Rita Misteli, Claudia Portmann-de Simoni und Guido Durrer, vom 5. Dezember 2002:

Das Luzerner Messewesen und seine Verkehrszukunft

Die Zukunft des Messewesens ist wichtiger Bestandteil der Allmendplanung. Die Verkehrserschliessung wird gemäss Agglomerationsprogramm insbesondere im Raum Süd intensiv bearbeitet (Langsamverkehr, Zentralbahn, Spange, Bypass). Eine Auslegeordnung wird im Bericht und Antrag zur Allmend im Sommer 2006 dem Parlament dargestellt.

11. Motion 225 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 5. Dezember 2002:

Für einen Planungsbericht zur Fusion der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau

Nach dem Zwischenbericht, der im Frühjahr 2005 sowohl vom Grossen Stadtrat als auch vom Littauer Einwohnerrat mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, wird zurzeit ein Fusionsvertrag erarbeitet. Er wird im Frühling 2007 den beiden Parlamenten zur Beratung und im Juni 2007 den Stimmbevölkerungen zur Abstimmung vorgelegt. Der Fusionsvertrag zeigt die Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken detailliert auf. Der Stadtrat wird zusammen mit dem B+A zum Fusionsvertrag die Abschreibung der Motion beantragen.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I. Ziffern 1–21 als erledigt abzuschreiben. Gleichzeitig beantragt er Ihnen die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter II.1 Ziffern 1 und 2 um ein Jahr und unter II.2 Ziffern 1–11 um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Luzern, 15. Februar 2006

Urs W. Studer
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 8 vom 15. Februar 2006 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und Postulate gemäss I. Ziffern 1–21 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.1 Ziffern 1 und 2 wird um ein Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.2 Ziffern 1–11 wird um ein weiteres Jahr verlängert.

Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2006 abläuft.

1. Postulat 281 (2000–2004), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 30. September 2004:
Renovation und Neukonzeption des Richard-Wagner-Museums

Das Anliegen wird im Rahmen des Museumskonzepts (Bildungsdirektion) geprüft.

2. Postulat 307 (2000–2004), Andreas Moser namens der FPD-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Für ein klares Konzept und rasches Handeln des Stadtrates für den wichtigen Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof–Tribtschen

Für den engeren Bereich um den Bahnhof liegt ein ESP-Konzept vor. Der erweiterte Bereich Bahnhof–Tribtschen–Steghof wird im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) untersucht.

3. Postulat 312 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Luzern als Zentrum des schweizerischen Versicherungswesens

Eine Gruppe, in welcher nebst der Stadt auch Vertreter der Krankenkassen, der SUVA sowie der Bildung vertreten sind, ist daran, Massnahmen vorzuschlagen, wie sich der Standort Luzern in diesem Bereich positionieren kann.

4. Motion 317 (2000–2004), Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:
Ein ganzheitliches und nachhaltiges Konzept für die Drogenpolitik in der Stadt Luzern

Wie im Motionstext betont wird, ist die Stadt Luzern in die Drogenpolitik von Bund und Kanton eingebunden. Diese Abhängigkeit führt aus mehreren Gründen dazu, dass die Erarbeitung des Berichts zum Thema „Drogenpolitik“ grosse Verzögerungen erfahren hat und nicht fristgerecht bis Ende 2006 erfolgen kann:

1.:

Ende April 2005 hat die Eidgenössische Kommission für Drogenfragen (EKDF) in ihrem Bericht „psychoaktiv.ch“ ein neues Modell für die Erarbeitung eines alle Suchtformen umfassenden „Leitbilds Suchtpolitik“ vorgestellt. Dieses so genannte „Würfelmodell“ erweitert das bisherige „Vier-Säulen-Modell“ um die Dimensionen „Substanzen“ und „Konsumarten“. Die Erarbeitung eines drogenpolitischen Konzepts für die Stadt Luzern soll diese neue strategische und konzeptionelle Ausrichtung des Bundes aufnehmen. Diese Neuent-

wicklung bedeutet, dass bestehende Konzepte auf dem Hintergrund des neuen Modells analysiert werden müssen und nicht einfach übernommen oder nur geringfügig angepasst werden können.

2.:

Die Stelle der/des Beauftragten für Suchtfragen des Kantons Luzern war 2005 mehrere Monate vakant. Der neue Stelleninhaber, Herr Richard Blättler, hat seine Arbeit beim Kanton im September 2005 aufgenommen. Da der Bericht in enger Zusammenarbeit mit ihm erarbeitet werden muss, erfuhr der Zeitplan eine erneute Verzögerung.

3.:

Die Gegenwehr im Quartier Luegisland gegen den geplanten Fixerraum hat zu einem in diesem Ausmass unerwarteten Mehraufwand im Stab der Sozialdirektion geführt.

4.:

Aufgrund der knappen personellen Ressourcen des Stabs der Sozialdirektion konnte die Erarbeitung des Berichts bis heute nicht forciert werden. Erst im August 2005 konnte eine längere Vakanz beim 50%-Pensum behoben werden.

Die Sozialdirektion erfreut sich einer guten Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Suchtfragen des Kantons, welche sich beim Pilotprojekt Fixerraum bereits sehr bewährt hat. Zudem verfügt der Stab Sozialdirektion seit letzten Sommer mit Herrn Paolo Hendry über einen Mitarbeiter mit langjähriger Berufs- und Unterrichtserfahrung im Suchtbereich. Er war zudem auch in Expertenkommissionen des Bundes tätig und zuletzt an der Entwicklung des neuen modularen Referenzsystem für das Qualitätsprojekt QuaTheDA (Qualität Therapie Drogen Alkohol) des Bundesamts für Gesundheit beteiligt.

Bei ausreichenden zeitlichen Ressourcen kann ein umfassender und qualitativ guter Bericht erstellt werden, der die neuesten Entwicklungen im Bereich von Politik und Forschung aufnimmt.

5. Motion 318 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 30. September 2004:
Einbürgerungen durch die Bürgerrechtskommission

Die von der Motion verlangte neue Zuständigkeitsregelung macht eine Anpassung der städtischen Gemeindeordnung und damit eine Volksabstimmung nötig. Der Stadtrat erachtet im Hinblick auf die Fusionsabstimmung Luzern/Littau im Sommer 2007 ein Moratorium in dieser Frage als sinnvoll.

6. Postulat 320 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen

Im Zusammenhang mit dem Projekt Mühlenplatz und der Erweiterung des Parkhauses Zentrum wird auch die Aufwertung des St. Karli-Quais geprüft.

7. Postulat 321 (2000–2004), Katharina Hubacher und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Stadtbad am St. Karli-Quai

Der Uni-Standort Kasernenplatz wurde vom Kanton aufgegeben. Inwieweit trotzdem ein Stadtbad am St. Karli-Quai möglich und zweckmässig ist, wird geprüft werden.

8. Postulat 332 (2000–2004), Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Zukunftsorientierte Planung der Veloabstellplätze für die Universität Luzern

Die Stadt sucht zusammen mit SBB und Kanton nach der besten Lösung. Einerseits sind entsprechende Auflagen im Baubewilligungsverfahren angekündigt, andererseits werden verbesserte Erschliessungen studiert. Konkrete Vorschläge sind Ende 2006 zu erwarten.

9. Postulat 334 (2000–2004), Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Beleuchtung des Wasserturms

Die Anpassungen der Wasserturmbeleuchtung werden im Zuge des Plan lumière vorgenommen. Die Anpassungen müssen in Übereinstimmung mit dem Basisvolumen der öffentlichen und szenografischen Beleuchtung gebracht werden, bevor die Ergänzungsmassnahmen verwirklicht werden können. Auch Vorentscheide im Zusammenhang mit Leuchtfarbe, Leuchtkörper und Leuchtdichte sind in engem Zusammenhang mit dem angestrebten Gesamtkonzept des Luzerner Plan lumière zu treffen.

10. Postulat 361 (2000–2004), Ruedi Schmidig namens der GB-Fraktion, vom 30. September 2004:
Mehr Sicherheit auf den Strassen rund um das St.-Karli-Schulhaus

Da die Emmental AG auf die Überbauung ihres Areals verzichtet hat, sind die städtebaulichen Randbedingungen für einen Umbau der Kreuzung unklar. Es werden deshalb zurzeit einfachere, aber trotzdem wirksame Massnahmen geprüft.

11. Postulat 366 (2000–2004), Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 4. November 2004:
Für eine Fachstelle zur Wiedereingliederung von ausgesteuerten Sozialhilfeempfänger/innen

Die Fachstelle für Arbeit ist im Sozialamt durch interne Stellenumlagerungen seit November 2005 mit 60 Stellenprozenten alimentiert. Neue Kooperationsvereinbarungen sind in Vorbereitung oder stehen kurz vor der Pilotphase. Kooperationsvereinbarungen werden mit der Stiftung Brändi und mit dem Wirtschaftsverband Luzern angestrebt. Ein Pilotprojekt mit dem RAV Pilatus im Sinne der Interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wird Anfang März 2006 gestartet. Zusätzliche Projekte in Zusammenarbeit mit der IV und dem Personalamt sind in Planung. Die Fachstelle für Arbeit muss sich installieren, ihre Aufgaben und Funktion entwickeln und definieren.

12. Postulat 380 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Sanierungsplanung Hallenbad Luzern

Im Rahmen der Gesamtplanung Allmend wird auch nochmals die Sanierungsvariante Biregg eingehend studiert und mit den Neubauvarianten Allmend verglichen. Diese Arbeiten sind im Gange und werden im Sommer 06 im B+A Allmend dem Parlament unterbreitet.

13. Postulat 383 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Neues Konzept für ein neues Hallenbad

Im Rahmen der Gesamtplanung Allmend wird auch nochmals die Sanierungsvariante Biregg eingehend studiert und mit den Neubauvarianten Allmend verglichen. Diese Arbeiten sind im Gange und werden im Sommer 06 im B+A Allmend dem Parlament unterbreitet.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Postulat 150 (2000–2004), Peter Muheim und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:

Aufwertung Hirschmatt

Der Bericht und Antrag „Umgestaltung Hirschmattstrasse“ wird dem Grossen Stadtrat vor den Sommerferien 2006 unterbreitet.

2. Postulat 223 (2000–2004), Rudolf Bürgi, vom 10. April 2003:

Fussgängerstreifen beim Schweizerhofquai

Der Bericht und Antrag für die von der Stadt zu finanzierenden Teile des Schweizerhofquais ist erstellt. Der Streifen ist Gegenstand des kantonalen Projektteiles.

3. Motion 305 (2000–2004), Ruedi Schmidig und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Abschlussbericht 1 zu den Verselbstständigungen: Ehemalige Städtische Werke

Der verlangte Bericht ist erstellt. Er wird im Frühjahr 2006 dem Grossen Stadtrat unterbreitet.

4. Postulat 018 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:

Vier Velospuren am Schweizerhofquai

Der Bericht und Antrag für die von der Stadt zu finanzierende Teile des Schweizerhofquais ist erstellt.

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Postulat 341 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Road Pricing zur Förderung des öffentlichen Verkehrs
2. Postulat 364 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion, vom 21. April 2005:
Die Planung „Verkehrs-System-Management“ VSP ist zügig an die Hand zu nehmen
3. Postulat 381 (2000–2004), Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 27. Januar 2005:
Sanierungsmassnahmen im Tribschenbad
4. Motion 394 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 24. Februar 2005:
Planungsbericht zur Neuorganisation der Schulpflege
5. Postulat 395 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion vom 21. April 2005:
Mehr Beachvolleyballfelder für Luzern
6. Postulat 012 (2004–2008), Matthias Birnstiel namens der CVP-Fraktion, vom 12. Mai 2005:
Erweiterung der Stadtbibliothek
7. Postulat 015 (2004–2008), Patrick Deicher namens der CVP-Fraktion, vom 3. November 2005:
Koordinierter Erhalt des historischen Erbes im Zeughaus auf Musegg
8. Postulat 017 (2004–2008), Pius Suter namens der CVP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Für die Förderung einer attraktiven Luzerner Innenstadt
9. Motion 022 (2004–2008), Agatha Fausch Wespe namens der GB/JG-Fraktion und Gaby Schmidt namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:
Kinderkrippen für alle Stadtquartiere
10. Postulat 023 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. April 2005:
Kombipur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse
11. Postulat 024 (2004–2008), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Mehr Sicherheit auf der Strasse zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten Büttenenhalde

12. Postulat 026 (2004–2008), Viktor Rüegg, vom 27. Januar 2005:
Freie Arztwahl für Betagte in Wohn- und Pflegeheimen
13. Postulat 027 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 30. Juni 2005:
Stadtreparatur am Kasernenplatz vorantreiben
14. Postulat 029 (2004–2008), Philipp Federer namens der GB/JG-Fraktion, vom 3. November 2005:
Eine regionale Saalsporthalle planen
15. Postulat 030 (2004–2008), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Juni 2005:
Städtebauliche Aufwertung des Kasernenplatzes
16. Postulat 033 (2004–2008), Markus Mächler, Cony Grünenfelder, Rolf Krummenacher, Marcel Lingg und Markus T. Schmid namens der Spezialkommission Liegenschaftenpolitik, vom 15. Dezember 2005:
Ergänzungsbericht zur Liegenschaftenpolitik der Stadt Luzern
17. Postulat 035 (2004–2008), Rita Meyer-Facius und Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Für eine Lichtsignalanlage an der Endstation der Buslinie 7, Löchli
18. Postulat 036 (2004–2008), Beat Züsli, Markus T. Schmid und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:
Bedingungen für den Kauf und Verkauf von Liegenschaften
19. Postulat 037 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt und Rita Meyer-Facius namens der GB/JG-Fraktion, vom 29. September 2005:
Optimierung Fahrkomfort für Passagiere der Buslinie Nr. 7
20. Postulat 042 (2004–2008), Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:
Veräusserung von Grundstücken
21. Motion 046 (2004–2008), Verena Zellweger-Heggli und Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion, vom 26. Januar 2006:
Ausarbeitung eines neuen Sicherheitsberichtes für die Stadt Luzern

22. Postulat 048 (2004–2008), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 3. November 2005:
Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West
23. Postulat 050 (2004–2008), Zora Schelbert, vom 30. Juni 2005:
Aufwertung des europäischen Aktionstages „Ohne Auto in die Stadt!“
24. Motion 053 (2004–2008), Peter Henauer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 24. November 2005:
Erstellung eines Veloabstellkonzepts für die Universität Luzern
25. Postulat 056 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:
Einführung eines Qualitätsmanagementsystems für eine effiziente und wirkungsorientierte Velopolitik in der Stadt Luzern
26. Postulat 064 (2004–2008), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 26. Januar 2006:
Feinstaubbelastung in der Stadt Luzern
27. Postulat 073 (2004–2008), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 26. Januar 2006:
Alarmierende Situation der Jugendarbeitslosigkeit – Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstelle
28. Postulat 079 (2004–2008), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:
CD-Recycling in der Stadt Luzern
29. Postulat 111 (2004–2008), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, Andreas Moser namens der FDP-Fraktion und Roland Habermacher namens der SVP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:
Agglomerationsprogramm. Unterstützung der kantonalen Bemühungen
30. Postulat 113 (2004–2008), Anita Weingartner und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:
Das Tixi-Taxi 2006 möglichst zum Tarif des öffentlichen Verkehrs

Anhang 4

zu B+A 8/2006 Abschreibung von Motionen und Postulaten

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 8/2006 vom 15. Februar 2006 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 3 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und Postulate gemäss I. Ziffern 2–5, 7, 10, 11, 14–17, 19–21 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.1 Ziffern 1 und 2 wird um ein Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.2 Ziffern 1–11 wird um ein weiteres Jahr verlängert.

Luzern, 6. April 2006

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern

Guido Durrer
Ratspräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber